

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

Ermittlungserfolg gegen organisierte Formen von Schwarzarbeit – Sachstand

Die Staatsanwaltschaft Koblenz führt gegen 52 Beschuldigte im Alter von 22 bis 63 Jahren ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Vorenthaltens und Veruntreuens von Arbeitsentgelt, des Betrugs sowie der Steuerhinterziehung. In diesem Verfahren haben am 5. Juni 2018 ca. 600 Einsatzkräfte des Zolls unter Federführung des Hauptzollamts Koblenz in Zusammenarbeit mit der Steuerfahndung Koblenz, der Landespolizei und der Bundespolizei umfangreiche Durchsuchungen durchgeführt. Durchsucht wurden insgesamt 90 Wohnungen und Geschäftsräume, die schwerpunktmäßig in Rheinland-Pfalz und in Hessen lagen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wurden die zehn ausländischen Beschuldigten, die nach unbekannt oder ins Heimatland abgemeldet worden sind, zur Festnahme bzw. Aufenthaltsermittlung ausgeschrieben (bitte nach den zuständigen Ausländerbehörden aufgegliedert)? Wenn nein, warum nicht?
2. Zu welchen Strafen wurden die 52 Beschuldigten verurteilt (bitte nach den zuständigen Ausländerbehörden aufgegliedert)?
3. Welche aufenthaltsbeendenden Maßnahmen haben die rheinland-pfälzischen Ausländerbehörden aufgrund des Strafverfahrens vom 5. Juni 2018 vollzogen (bitte nach den zuständigen Ausländerbehörden aufgegliedert)?
4. Wie viele Rückführungsersuchen haben die rheinland-pfälzischen Ausländerbehörden in diesem Zusammenhang an die Bundespolizei gerichtet (bitte nach den einzelnen Ausländerbehörden aufgegliedert)?
5. Wird der Großeinsatz des Zolls vom 5. Juni 2018 zur Bekämpfung der Schwarzarbeit der Organisierten Kriminalität zugeordnet?
6. Wie hoch waren die Kosten für die Untersuchungshaft, und mussten die Verurteilten die Kosten für den Vollzug von Untersuchungshaft auf der Grundlage der §§ 465 Abs. 1, 464 a Abs. 1 Satz 2 StPO, § 1 Abs. 1 GKG i. V. m. Nr. 9011 des Kostenverzeichnisses zahlen? Wenn nein, warum nicht?
7. Wie hoch waren die Gerichtskosten, und mussten die Angeklagten die Kosten zahlen?

Matthias Lammert